



LANDTAGSWAHLGESETZ AUF DEM PRÜFSTAND VERFASSUNGSWIDRIGER SCHNELLSCHUSS

Die SPD-Fraktion klagt vor dem Staatsgerichtshof gegen den von Schwarz-Grün mit heißer Nadel gestrickten Neuzuschnitt der Wahlkreise für die Landtagswahl am 28. Oktober. Die Koalition hatte das auf veralteten Zahlen beruhende Gesetz Ende 2017 gegen

alle juristischen Warnungen hektisch beschlossen. Juraprofessor Dr. Dr. Martin Will ist jetzt in seiner Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass einige Abweichungen von der Durchschnittsgröße der Wahlkreise gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl ver-

stoßen. **Thorsten Schäfer-Gümbel** forderte, dass bei einer Wahl alle Stimmen gleich viel Gewicht haben müssten. Dies sei derzeit aber nicht gegeben, weil die Zahl der Wahlberechtigten in einzelnen Wahlkreisen über 25 Prozent nach oben oder unten vom Durchschnitt abweiche. So entschieden im Wahlkreis 34 in Frankfurt nur 56.000 Wählerinnen und Wähler über ein Direktmandat, im Wahlkreis 41 im Main-Kinzig-Kreis hingegen über 101.000. **Günter Rudolph** sagte: „Die Regierungskoalition und die Landesregierung hätten sich Vieles ersparen können, wenn sie wenigstens die aktuellen Zahlen der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen zur Grundlage gemacht hätte.“



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

DER STAATSGERICHTSHOF SOLL PRÜFEN, OB DAS SCHWARZGRÜNE LANDTAGSWAHLGESETZ VERASSUNGSKONFORM IST. THORSTEN SCHÄFERGÜMBEL STELLTE MIT GÜNTER RUDOLPH DAS GUTACHTEN VON PROFESSOR DR. DR. MARTIN WILL (MITTE) VOR.

BERUFLICHE PERSPEKTIVEN FÜR ALLE

Knapp ein Viertel der jungen Menschen in Hessen hat keinen berufsqualifizierten Abschluss. „Diese jungen Leute arbeiten eher in prekären Verhältnissen und sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Es darf kein junger Mensch ohne eine berufliche Perspektive bleiben“, forderte **Lisa Gnadl**. Sie bemängelte, dass in Hessen Ausbildungsplätze fehlten.



Auch im Landesdienst sei die Zahl der Ausbildungsstellen von 2011 bis 2015 um mehr als ein Drittel gesunken.

„Wir müssen dafür sorgen, dass alle jungen Menschen einen Schulabschluss absolvieren, um dann mit einer Ausbildung oder einem Studium die Möglichkeit zu erhalten, ihr eigenes Leben zu gestalten.“ Daher habe die SPD-Fraktion ein Konzept erarbeitet, das die aktuellen Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt umfassend angehe. Das SPD-Papier „Ausbildung? Garantiert!“ setze dabei auf

neun Bausteine vor der frühzeitigen Berufs- und Studienorientierung an der Schule über eine Stärkung des Fachs Arbeitslehre und der Berufsschulen bis zur Nachqualifizierung. Gnadl forderte eine Ausbildungsgarantie. „Dazu werden wir ein Programm auflegen, das jedem und jeder unter 35 Jahren einen Anspruch auf eine berufliche Qualifikation eröffnet.“



AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

KLARE HALTUNG GEGEN RASSISMUS

In der Plenardebatte anlässlich der Internationalen Woche gegen Rassismus hat sich **Lisa Gnadl** entschieden gegen den alltäglichen Rassismus und rassistische Gewalt ausgesprochen. Politikerinnen und Politiker hätten aufgrund ihrer Vorbildfunktion eine besondere Verpflichtung. Der Kampf gegen Rassismus müsse ein stetiger sein. „Es erfordert Mut und einen langen Atem, die Straßen, die Debatten und Internetforen nicht dem Rassismus zu überlassen“, so Gnadl.



plan Wohnen“ lediglich eine riesige Mogelpackung sei. Siebel sagte: „Von den 1,64 Milliarden Euro, mit denen CDU und Grüne sich schmücken, stammen gerade einmal 65 Millionen aus dem Haushalt des Landes Hessen – und zwar verteilt über sechs Jahre. Die Landesregierung führt die Öffentlichkeit hinter das Licht und beweist gleichzeitig, dass Schwarz-Grün wenig Substantielles für bezahlbaren Wohnraum zu tut.“



BUNT STATT BRAUN – PROTEST GEGEN NPD

Für Samstag plant die NPD eine Veranstaltung in der Stadthalle Wetzlar. **Stephan Grüger** sagte, dass neben politischen Reden auch Konzerte von sechs „Rechtsrock-Bands“ geplant seien. Die Band „Oidoxie“ sei zum Beispiel mit dem in Deutschland verbotenen Neonazi-Netzwerk „Blood and Honour“ in Verbindung zu bringen. „Nazi-Rockmusik ist oft der Einstieg in die organisierte Neonazi-Szene“, sagte Grüger. Die SPD unterstütze das Wetzlarer Bündnis „BUNT statt BRAUN“ und dessen Demonstration gegen diese NPD-Veranstaltung. Grüger kritisierte, dass die Hessische Landesregierung seinerzeit den Verbotsantrag gegen die NPD nicht unterstützt habe.



KEIN INTERESSE AN DEUTSCHLANDRENTE

„Der Idee, einer von Aktien gestützten Altersversorgung, die von Seiten der Landesregierung bereits vor mehr als zwei Jahren vorgestellt wurde, ist bislang aus guten Gründen kein Erfolg beschieden“, kritisierte **Wolfgang Decker** in der Debatte zur sogenannten Deutschland-Rente. Diese Rente stoße auf wenig Gegenliebe. Eine Altersversorgung, die auf Aktienbesitz aufbaue, werde von den allermeisten Experten abgelehnt.



MASTERPLAN ALS MOGELPACKUNG

Der wohnungsbaupolitische Sprecher, **Michael Siebel**, warf der Landesregierung vor, dass ihr pompös angekündigter „Master-

VOLLSTÄNDIGE INFORMATION VERLANGT

Im Zuge der Entwicklungen bei der Gruppierung „Osmanen Germania BC“ forderte die innenpolitische Sprecherin, **Nancy Faeser**, den Innenminister auf, offene Fragen zu beantworten. Es könne nicht sein, dass das Parlament nur unvollständig informiert werde. „Insbesondere ist über die Kontakte der Osmanen zu türkischen staatlichen Institutionen und Geheimdiensten nur unzureichend von Seiten des Innenministers informiert worden“, sagte Faeser. Auch über eine Waffenlieferung an die Osmanen, welche die hessische Polizei im Mai 2016 abgefangen habe, sei nicht informiert worden, obwohl mittlerweile die Bundesregierung berichtet habe, dass dieser Waffentransport im Zusammenhang mit einem laufenden Ermittlungsverfahren stehe.



ENDE DER KREIDEZEIT

Initiativen für digitales Lernen hat **Kerstin Geis** gefordert. „Digitale Bildung ist entscheidend für die Teilhabe an einer digitalisierten Welt. Dass sich die zunehmende Digitalisierung und Medienentwicklung auch unmittelbar auf den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler und damit direkt auf ihre Zukunftschancen auswirken, hat die Landesregierung bis heute nicht verstanden.“ Smartphones und Laptops bestimmten seit Jahren den Alltag von Kindern und Jugendlichen und seien unerlässlich für eine Vorbereitung auf die spätere Arbeitswelt. Doch in den hessischen Schulen, in denen die Grundlagen gelegt werden müssten, herrsche in dieser Hinsicht Kreidezeit. Die Landesregierung müsse digitale Bildung endlich als zentralen Schlüssel zur Teilhabe an einer digitalisierten Welt begreifen.



VERSAGEN BEIM KAMPF GEGEN LOHNDUMPING

Das von Schwarz-Grün 2015 beschlossene Tariftreue- und Vergabegesetz, das Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen verhindern soll, hat nach Ansicht von **Elke Barth** versagt. Nur so sei zu erklären, dass die Landesregierung die Auswertung des Gesetzes erst nach der Landtagswahl vorlegen wolle. Barth forderte eine zeitnahe Vorlage des Prüfberichts noch vor



der Sommerpause. Einen wesentlichen Hinweis darauf, dass Tariftreue in Hessen nicht funktioniert, sehe die SPD darin dass der durchschnittliche Stundenlohn im Bau in Hessen mit 15,74 Euro rund zwei Euro unter dem Durchschnitt aller westlichen Bundesländer liege. Spitzenreiter seien hier die Länder Bremen und Hamburg, in denen es vorbildliche Vergabegesetze gebe.



HANS-JOACHIM ROSENBAUM, BEZIRKSLEITER HESSEN DER IG BAU, HAT IN DER SPD-FRAKTION ÜBER DIE MANGELHAFTE BEKÄMPFUNG VON LOHNDUMPING BERICHTET. INSBESONDERE IN DER BAUBRANCHE WERDE DER MINDESTLOHN UNTERLAUFEN. DAVOR SCHÜTZE DAS HESSISCHE VERGABEGESETZ NICHT AUSREICHEND.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

THEORIE UND PRAXIS VERBINDEN

Als eine hervorragende Möglichkeit Fachkräfte zu rekrutieren und zu qualifizieren sowie Theorie und Praxis zu verbinden, sieht **Dr. Daniela Sommer** das Duale Studium. Gerade in den Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie in der Sozialen Arbeit werde ein praxisnahes Studienformat benötigt. Jedoch müsse die Betreuungsrelation verbessert werden. „Wir brauchen in dem Bereich eine verbesserte finanzielle, und personelle Ausstattung.“



KNAUSRIGE FÖRDERUNG

Die dürftigen Antworten der Landesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Lage des ländlichen Raums hat **Torsten Warncke** kritisiert. „Sie sagen uns immer, dass die Hälfte der Bevölkerung im ländlichen Raum lebt. Das gibt Ihnen aber nicht das Recht, nur die Hälfte unserer Fragen zu beantworten.“ Die Förderung des ländlichen Raums sei knausrig. „Dort lebt die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger, doch die Quote der Fördermit-



tel, liegt in den allermeisten Fällen um die 30 Prozent. Sind die Hensinnen und Hessen auf dem Land deutlich weniger als die Hälfte wert? So darf man mit den Bürgerinnen und Bürgern auf dem Lande nicht umgehen“, kritisierte Warncke die Förderpolitik der schwarz-grünen Landesregierung. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Landesregierung nach dem Motto verfare: Sollen die dort auf dem Land die Projekte, für die wir in den Städten und Ballungsräumen viel Geld ausgeben, doch irgendwie ehrenamtlich organisieren.

MINISTERIN REDET AN THEMEN VORBEI

Mit ihrer Regierungserklärung zum Thema „Ökologie und Umwelt“ hat Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) nach Ansicht von **Heinz Lotz** an den eigentlichen Themen vorbeigeredet. „Anstatt zuerst die dringend nötige Überzeugungsarbeit bei ihrem CDU-Koalitionspartner zu leisten, hat sie dem Parlament das Neueste aus ihrer PR-Abteilung präsentiert.“ „Interessanter als das, was die Ministerin gesagt hat, ist das, was sie nicht gesagt hat – Schlüsselthemen wie Energiewende, Verkehr, Stau, Feinstaub, FSC, Milchpreise oder das Atomkraftwerk Biblis waren



der Ministerin nicht einmal Nebensätze wert. Über das, was hinter diesen Begriffen steht, herrscht offensichtlich Uneinigkeit in der Koalition. Es zeigt sich: grüne Politik ist schwer mit der Politik der CDU vereinbar.“ Die Ankündigung der Ministerin, mit einer „Flying Academy“ beratend durch den ländlichen Raum reisen zu wollen, hält Lotz für eine reine Werbemaßnahme. „Wir brauchen kein fliegendes Klassenzimmer, das den Leuten auf den

Dörfern erklärt, wie das Leben auf dem Land funktioniert. Wir brauchen eine übergeordnete Stelle, die sämtliche Maßnahmen für den ländlichen Raum bündelt.“



WAS FEHLT? ZU DIESEN THEMEN SCHWIEG DIE GRÜNE UMWELTMINISTERIN IN IHRER REGIERUNGSERKLÄRUNG.

BUND STEIGERT KITA-QUALITÄT

Schon in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit will die neue Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ein Gesetz zur Verbesserung der Kita-Qualität vorlegen. **Gerhard Merz** begrüßte die Ankündigung: „Wenn wir mit Unterstützung des Bundes den Personalschlüssel in den Kitas verbessern können, sollten wir das tun. Denn nur so erreichen wir bessere Qualität bei Betreuung und Bildung.“

VERPASSTE CHANCEN

Die von der Landesregierung betriebene Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) hat **Tobias Eckert** als Entwurf der verpassten Chancen kritisiert. Die Landesregierung drücke sich vor allem um die Frage, wie die Gleichheit der Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt erreicht werden könne. Auch die Herausforderungen der künftigen Mobilität nehme der Plan nicht auf. Die Beschränkungen für neue Wohngebiete schreibe der LEP ungeachtet der drückenden Wohnungsnot schlicht fort. „Die Landesregierung ignoriert alle Vorhersagen zur Bevölkerungsentwicklung schlimmer noch: Sie ignoriert die Wirklichkeit.“



KEINE IDEEN FÜR METROPOLREGION

Anlässlich der Debatte zum Metropolgesetz hat **Marius Weiß** der schwarz-grünen Koalition bescheinigt, keinerlei Ideen oder Gestaltungskraft auszustrahlen. „Der Motor der Weiterentwicklung der Region ist seit Jahren die Wirtschaft, hier vor allem die Frankfurter IHK. Von der Landesregierung kommt dagegen nur schwarz-grünes Schweigen.“ Schwarz-Grün scheue weiterhin die Diskussion über den Zuschnitt der Region und darüber, den Regionalverband so stark zu machen, dass er die kaum überschaubare Zahl von Initiativen, Steuerungskreisen und GmbHs, die sich die Gestaltung der Region zur Aufgabe machen, unter einem Dach vereinen könne.



Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Gerfried Zlugabuck, Christoph Gehring, Martina Häusl-David, Valeska Fuhr